



Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Herrn
Torsten Geerds
Präsident des Schleswig-Holsteinischen
Landtages
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Staatssekretär für Europa
und Bundesangelegenheiten

5. März 2012

Sehr geehrter Herr Geerds,

die Landesregierung hat im Dezember die beigefügten „Konzeptionellen Überlegungen zur deutsch-dänischen „Zusammenarbeit (Dänemarkstrategie)“ beschlossen. Dem Beschluss der Regierung ist ein sehr umfangreiches Konsultationsverfahren vorausgegangen. Hieran haben sich sehr viele Akteure aus Dänemark und Deutschland, vor allem aber aus Schleswig-Holstein, beteiligt. Bei allen, die mit ihrer Kritik, ihren Anregungen und Bedenken zur Dänemarkstrategie beigetragen haben, möchte ich mich sehr herzlich bedanken.

Die Dänemarkstrategie umfasst den Zeitraum bis 2020 und ist kein abschließendes Konzept sondern vielmehr ein Baustein eines dynamischen Diskussions- und Planungsprozesses zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Unsere Überlegungen zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit passen sich sehr gut in die politischen Ziele der Europäischen Union ein. Im Rahmen der EU-Strategie 2020 und der Ostseestrategie definiert die Europäische Union ihre Förderziele für die nächste Förderperiode ab 2014. Wachstum und Beschäftigung, Innovation, Forschung und Entwicklung sowie Klima- und Umweltschutz sollen nachhaltig mit den Förderinstrumentarien unterstützt werden. Regionale Strategien sollen die EU-Strategie ergänzen und im Rahmen von Aktionsplänen die Zielerreichung gewährleisten. Mit der schleswig-holsteinischen Dänemarkstrategie nehmen wir dieses Ansinnen auf.

Die Dänemarkstrategie besteht aus gut zwei Dutzend Handlungsansätzen. Einige möchte ich hier kurz umreißen:

- Der weiteren Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur kommt große Bedeutung zu. Eine wichtige Basis für die Diskussion ist die von der Region Süddänemark und dem Land Schleswig-Holstein im Mai 2008 unterzeichnete Infrastrukturvereinbarung. Bis Ende 2012 wird die deutsch-dänische Verkehrskommission Vorschläge für die Jütlandroute vorlegen. Hier wollen wir im Schulterschluss mit den dänischen Partnern versuchen, möglichst viele der Vorschläge im Bundesverkehrswegeplan festzuschreiben.
- Die Fehmarnbelt-Querung ist das bedeutendste Infrastrukturvorhaben in Nordeuropa. Das Land steht zu seinen Zusagen gegenüber den dänischen Partnern. Insbesondere wird es darum gehen, im Raum Ostholstein gemeinsam mit dem Bund und der Bahn AG, für eine regionalverträgliche Trassenführung und Schienenhinterlandanbindung zu sorgen.
- Nach wie vor gibt es Barrieren auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Die Regierung des Königreiches Dänemark und die Bundesregierung haben im Zuge der Diskussion der Dänemarkstrategie ihre Bereitschaft erklärt, unbürokratisch Probleme zu beseitigen. Die Landesregierung arbeitet derzeit an einem entsprechenden Bericht für die nationalen Regierungen.
- Das zentrale Ziel der Dänemarkstrategie ist es, auf beiden Seiten der Grenze für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu sorgen. Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, aber auch die kulturellen Chancen eines Zusammenwachsens wird man aber nur dann nutzen können, wenn die Schleswig-Holsteiner Dänisch und die Dänen Deutsch sprechen können. Zurzeit wird in Schleswig-Holstein geprüft, ob die Kapazitäten für das Erlernen der dänischen Sprache an allgemein- und berufsbildenden Schulen ausreichend sind. Geprüft wird dies nicht nur für die Jütlandroute, sondern auch für die Fehmarnroute.
- Ausgelöst durch die Diskussionen zur Dänemarkstrategie des Landes hat das Kabinett bereits im November 2011 ein Konzept für die künftige deutsch-dänische Hochschulkooperation beschlossen.
- Die Gesundheitskooperation soll weiter ausgebaut werden. Von besonderer Relevanz ist dies auf der Jütlandroute. Im vergangenen Herbst ist beispielsweise ein

neuer fünfjähriger Vertrag für die Versorgung von dänischen Brustkrebspatientinnen im St.-Franziskus-Hospital in Flensburg ratifiziert worden.

- Die Landesregierung begrüßt, dass die EU-Kommission die wachsende Bedeutung der territorialen Zusammenarbeit im Rahmen der INTERREG-Programme mit einer deutlichen Steigerung des künftigen Budgets honorieren will (von aktuell 7,7 Mrd. € auf 11,7 Mrd. € für den Zeitraum 2014 – 2020). Dabei soll ein Großteil der Mittel auf die zukünftigen INTERREG A-Programme entfallen (rd. 75 %) – also für die Programme, die auch die Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und Dänemark betreffen.

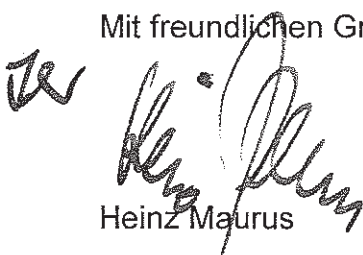
Die Landesregierung plädiert dabei für die Zusammenlegung der beiden bisherigen deutsch-dänischen INTERREG-A-Gebiete zu einem einzigen. Dies wird von den dänischen Regionen Süddänemark und Seeland mitgetragen. Durch die Verständigung auf gemeinsame Ziele und Verfahren erhoffen wir uns mehr Effektivität, vor allem aber mehr Aufmerksamkeit für die Projekte, die zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein laufen. Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen wird zusammen mit den beiden dänischen Regionsvorsitzenden Herrn Carl Holst und Herrn Steen Bach Nielsen am 5. März 2012 nach Brüssel reisen, um sich dort bei dem für EU-Regionalpolitik zuständigen Kommissar Dr. Johannes Hahn für die deutsch-dänische INTERREG V A Zusammenarbeit stark zu machen.

Einen letzten Punkt möchte ich kurz ansprechen: Im Landesteil Schleswig und auch in der dänischen Region Süddänemark hat es die Besorgnis gegeben, das Land plane mit seiner Dänemarkstrategie politische und finanzielle Aufmerksamkeit von der Jütlandroute abzuziehen und diese auf die Fehmarnroute zu konzentrieren. Dem ist nicht so. Vielmehr werden wir alles dafür tun, dass die beiden Regionen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Land fühlt sich der gleichmäßigen Entwicklung aller Regionen, in Nord, Süd, Ost und West, verpflichtet.

Für Rückfragen steht Ihnen mein Mitarbeiter Dr. Friedhelm Boyken, Telefon 0431/988-1727, Email: friedhelm.boyken@stk.landsh.de, gerne zur Verfügung.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen


Heinz Maurus

Hinweis: Die Anlage "Dänemarkstrategie" wurde den Mitgliedern des Europaausschusses mit der Unterrichtung 17/103 bereits zur Kenntnis gegeben.